

Recht subversiv

Aus der Werkstatt eines Anwalts und Menschenrechtlers

Mit Mexikos Polizei darf Deutschland nicht zusammenarbeiten

13. November 2014 um 11:49 Uhr

Je mehr wir von dem Massaker an den 43 Studenten im mexikanischen Iguala erfahren, desto schrecklicher hört sich die Geschichte an. Es gibt nun die Gewissheit, dass all die jungen Menschen von uniformierten und nicht-uniformierten Gangstern – sprich von Polizisten und Mitgliedern von Drogenbanden – getötet wurden. Und mit dieser mexikanischen Polizei, die laut Amnesty International systematisch und im ganzen Land foltert, will die Bundesrepublik Deutschland ernsthaft die Zusammenarbeit beginnen? Obwohl auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Frühjahr „erhebliche Rechtsstaatsdefizite“ in Mexiko kritisierte und die „mangelnde Aufklärung und ineffektive Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen“ als „zentralen Faktor der Gewalteskalation“ ausmachte? Diese zutreffende Aussage muss sowohl zum Stopp der Verhandlungen über das Polizeiabkommen als auch zum Verbot der Exporte, auch der Kleinwaffen, dorthin führen.

Auch meine philippinischen Kollegen beschreiben dieser Tage das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in den vergangenen Jahren in ihrem Land als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In Kolumbien wurden allein in den vergangenen vier Jahren Hunderte von Menschenrechtsverteidigern umgebracht. Auch aus Indien werden allenthalben Drohungen, Verhaftungen und Folter von Menschenrechtsverteidigern berichtet. Alle diese Länder bezeichnen sich selbst als Demokratien und werden gemeinhin dem „Westen“ zugeordnet. .

Immerhin: Noch gibt es in diesen Ländern Räume für soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteure, auch wenn sie immer mehr und immer schärfer bedroht werden. Zu ihnen gehören Menschenrechtsorganisationen, Anwältinnen und Anwälte, Gewerkschaftsmitglieder, aber auch nicht-korrupte Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Am Montag war der UN-Sonderberichterstatter für die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern, Michel Forst, in Berlin, und wir gaben uns bei den Gesprächen mit ihm die Klinke in die Hand – die mexikanische Kollegin, die indische Anwältin und Mitarbeiter meiner Organisation, die sie begleiteten. Passend zum Thema überreichte meine ECCHR-

Kollegin Carolijn Terwindt dem Sonderberichterstatter ihr Buch *NGOs under Pressure in partial Democracies*. Darin beschreiben sie und ihr Mitautor anhand von Beispielfällen, unter welchen Bedingungen Menschenrechtsaktivisten in Honduras, Indonesien und den Philippinen arbeiten.

Philippinen, dahin ist unser Freund Harry Roque von CenterLaw inzwischen zurückgereist, auch er war in Berlin. Doch er musste sich einem ungewöhnlichen Prozess stellen. Roque, der normalerweise Menschen verteidigt oder im Namen der Ermordeten und Gefolterten Anklage erhebt, saß selbst auf der Anklagebank. Seit wenigen Wochen vertritt er die Familie einer ermordeten Transgender-Frau. In den Mord scheint ein US-Marine verwickelt zu sein. Und die genießen auf den Philippinen immer noch Sonderrechte.

Also springt die philippinische Armee – selbst oft verklagt von Roques Organisation – den US-amerikanischen Waffenbrüdern zur Seite, will den Jura-Professor gar aus dem Anwaltsstand ausschließen lassen. Roque war mit der Familie des Mordopfers zur US-Basis gegangen, wo die Familienangehörigen ihren Protest vortrugen. Es wäre mehr als skandalös, wenn die Militärs Erfolg mit ihrem Vorstoß gegen Roque hätten. Schon so haben sie großen Schaden für die Rechtskultur auf den Philippinen angerichtet. Denn eines zeigen Drohungen, Diffamierungen und Verfahren gegen Menschenrechtsverteidiger: Wenn nicht einmal die geschützt werden und unbehelligt bleiben, die sich beruflich für andere einsetzen, wie ergeht es dann denen, die in einer Provinzpolizeistation oder einem Militärlager einsitzen?

3 Kommentare

delanoe (<http://community.zeit.de/user/523431>)

#1 — vor 3 Jahren

Unverständlicher Wahnsinn.

Das ist das einzige, was mir zu der Situation in Mexiko einfällt.

Deshalb unverständlich, weil sich mir einige Machenschaften, die sich dahinter verbergen, leider nicht erschließen.

Was erhofft sich die deutsche Regierung von den bilateralen Vereinbarungen mit der mexikanischen Regierung bzw. der mexikanischen Polizei?

Möchte man die Bekämpfung der Drogenkartelle unterstützen? Wenn ja, warum ausgerechnet in Mexiko?

Oder möchte man den Export von Waffen „Made in Germany“ fördern, der durch ein solches Sicherheitsabkommen wohl erleichtert wird?

Es kann mir doch kein Verantwortlicher erzählen, dass niemand von der teilweise

abartigen Korruption der mexikanischen Regierung, über die SEDENA bis hin zur mexikanischen Polizei, unterrichtet ist.

Eine Zusammenarbeit der deutschen mit der mexikanischen Polizei wäre meiner Meinung nach eine Legitimation der Korruption. Bekämpft bzw, unterbunden kann sie so auf keinen Fall. Weder die Regierung noch die Polizei sind doch an einer Aufarbeitung der Korruption interessiert. Das müsste doch allen klar sein?

Ein Blick auf die finanzielle Lage von Hecker&Koch, könnte aber schon ein klein wenig über die Absichten der deutschen Regierung verraten.

Aber wie wichtig sind schon Menschenrechte. Die tödliche Zuverlässigkeit des HK G36 verspricht immerhin hohe Renditen. Das ist bei einem wirtschaftlich angeschlagenen deutschen Unternehmen, bei dem Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, wohl wichtiger.

manchmalschon (<http://community.zeit.de/user/381675>)

#2 — vor 3 Jahren

Ich war vor inzwischen 20 Jahren zu Gast in Mexico. Bei extrem reichen Leuten. (Habe dort ganz illegal meine „erste Fahrstunde“ absolviert:-)... Sie waren sehr sozial eingestellt und hatten viele Projekt am Laufen die zwar Gewinn machen mussten aber einfachen Leuten auf die Beine geholfen haben. Trotzdem musste die Villa von einem Dutzend Wachen mit Uzis bewacht werden. Wegen der Entführungsgefahr.

Man muss mit den richtigen Leuten in Kontakt kommen.... Und ihnen helfen dieses Land auf die Beine zu stellen. Es braucht Deutsche vor Ort welche unserer Polizei den Weg weisen, und ihnen helfen einen Vertragstext auf die Beine zu stellen der möglichst nicht ausgenutzt werden kann. Die sind nicht Alle böse wie im Artikel zu undifferenziert dargestellt.

Jan

#3 — vor 3 Jahren

Interessanter Artikel. Leider scheint die deutsche Regierung noch nicht denselben Schluss daraus gezogen zu haben. Ich habe daher mal ein Video gemacht, um Frau Merkel persönlich zum Abbruch der Verhandlungen über das Polizeiabkommen aufzufordern. Bislang versteckt sie sich ja ganz gerne hinter irgendwelchen Staatssekretären.

Angela Merkel Human Rights Challenge - Stop weapon exports

